

# Die vergessenen Menschenrechte

■ ADALBERT KRIMS

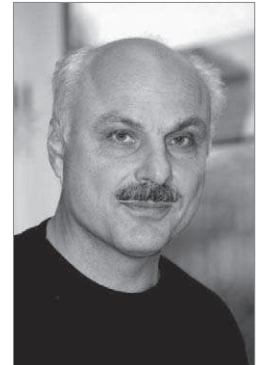
Drei Viertel der ÖsterreicherInnen sprechen sich dafür aus, Menschenrechte in Österreich mehr zu achten. So das durchaus erfreuliche Ergebnis einer repräsentativen Umfrage, die Ende Juli/Anfang August von Karmasin Motivforschung im Auftrag der „Initiative menschenrechte. jetzt“ durchgeführt wurde. Das bekannteste Menschenrecht ist demnach das Recht auf Meinungs- und Pressefreiheit (69% kennen es) – am unteren Ende befinden sich das Recht auf Asyl sowie auf Minderheitenschutz (jeweils 32%). Kinder, Kranke, Alte und Menschen mit Behinderungen werden als besonders schutzwürdig angesehen (70 bis 83% Zustimmung), während MigrantInnen, AsylwerberInnen, Angehörige sprachlicher und ethnischer Minderheiten nur von jedem Fünften und Angehörige religiöser Minderheiten sogar nur von jedem Achten als besonders schützenswert betrachtet werden (absolutes Schlusslicht sind übrigens homosexuelle Menschen mit nur 8% Zustimmung).

In Österreich gibt es also einerseits eine hohe Zustimmung zu den Menschenrechten, andererseits aber auch ein offensichtliches Defizit in der Wahrnehmung der Rechte bestimmter Bevölkerungsgruppen. Für Demokratie und Rechtsstaat sind aber die Unteilbarkeit und die möglichst umfassende Verwirklichung der Menschenrechte konstitutiv. Deshalb müsste man eigentlich von verantwortlichen PolitikerInnen und Medien erwarten, dass sie sich für die Stärkung des Menschenrechtsbewusstseins engagieren. Was geschieht aber in der Realität? Gerade zwei Bevölkerungsgruppen, deren Menschenrechte in der Öffentlichkeit am wenigsten gelten (MigrantInnen bzw. AsylwerberInnen sowie die religiöse Minderheit der Muslime), sind zum politischen und medialen Spielball im Dienste von

Stimmenmaximierung bzw. Auflagensteigerung geworden.

Es gilt als geflügeltes Wort, dass in Österreich vor jeder Wahl das Asylrecht weiter verschärft wird. Die liberale deutsche Wochenzeitung „Die Zeit“ fasste dies am 9. 9. in einem Untertitel zusammen: „Rote Karten für Flüchtlinge: Kaum ein Land hat so restriktive Ausländerrechte wie Österreich. Die Gesellschaft ist geprägt von einem Klima der Diffamierung.“ In dem Artikel der Österreich-Korrespondentin Marion Kraske wird auch konkret ÖVP-Innenministerin Maria Fekter kritisiert: „Wo immer sich ihr Möglichkeiten bieten, Ausländer zu denunzieren und zu kriminalisieren, wann immer es darum geht, Flüchtlingsrechte zu beschneiden, ist die konservative Blondine nicht weit.“ In einer Koalitionsregierung kann eine solche Politik natürlich nur im Einvernehmen mit dem Koalitionspartner umgesetzt werden – insofern ist die SPÖ dafür mitverantwortlich, wobei sie ja schon als Oppositionspartei den Asylrechtsverschärfungen der früheren ÖVP-FPÖ- bzw. ÖVP-BZÖ-Koalition zugestimmt hat.

Doch weiter im „Zeit“-Artikel: „Offener Rassismus, Anti-Islamismus – mit Themen wie diesen schüren die Freiheitlichen seit Jahren gezielt Hass auf alles Fremde und vergiften auf diese Weise immer weiter das gesellschaftliche Klima der Alpenrepublik. Lautstarke Unterstützung erfahren die blauen Hassprediger dabei von der auflagenstärksten Zeitung im Lande, der Kronenzeitung.“ Kraske bringt es auf den Punkt: genau diese politisch-mediale Koalition ist es, die Defizite im Menschenrechtsbewusstsein und gesellschaftliche Vorurteile einerseits ausnützt, andererseits aber auch im Sinne einer „Sündenbock-Politik“ bewusst schürt und verstärkt. Und die Regierung hat darauf keine andere Antwort, als diesem Druck



Adalbert Krims, geboren 1948 in Freistadt OÖ. Zunächst Redakteur bei der Monatszeitschrift „Neues Forum“. Dann bis 1990 Informationsarbeit bei verschiedenen entwicklungspolitischen Organisationen. Seit 1991 Redakteur beim ORF, seit 2003 in der Hörfunk-Religionsabteilung.

■ Es geht der Regierung offenbar weniger um die Verteidigung des Asylrechts, als um die Auslotung, wie weit man es einschränken darf, ohne die Verfassung oder die Europäische Menschenrechtskonvention zu brechen.

ständig nachzugeben und dabei nicht nur die Kritik von Menschenrechtsorganisationen in Kauf zu nehmen, sondern sogar am Rande der Verfassungsmäßigkeit zu agieren, wie nicht nur Verfassungsrechtsprofessoren, sondern auch Verfassungsgerichtshofpräsident Gerhard Holzinger wiederholt kritisiert haben. Mit anderen Worten: es geht der Regierung offenbar weniger um die Verteidigung des Asylrechts, als um die Auslotung, wie weit man es einschränken darf, ohne die Verfassung oder die Europäische Menschenrechtskonvention zu brechen. Ein geradezu groteskes Beispiel dafür war die Einigung auf die sog. „Mitwirkungspflicht“ von Asylwerbern, nachdem die von Fekter geplante „Aufenthaltspflicht“ offenbar verfassungswidrig war – geblieben ist aber trotz sprachlicher „Verschönerung“ der Freiheitsentzug für Asylwerber von bis zu sieben Tagen, was nach Auffassung des Menschenrechtsexperten Manfred Nowak eine Verletzung internationaler Standards darstellt.

Während die FPÖ vor 10 Jahren noch in erster Linie gegen „Ausländer“ mobil gemacht hatte, verlagerte sich der Fokus in den letzten Jahren immer mehr auf die Muslime. Schon im Nationalratswahlkampf 2006 wurde H. C. Strache mit dem Slogan „Daham statt Islam“ plakatiert. Inzwischen scheint die Ablehnung von Moscheen, Minaretten, Kopftüchern etc. zum Hauptinhalt rechtspopulistischer Politik geworden

zu sein (auch hier wieder mit Unterstützung der „Kronenzeitung“). Ereignisse in der Nachbarschaft (Minarett-Abstimmung in der Schweiz; Sarrazin-Buch in Deutschland) verleihen der Anti-Islam-Kampagne der FPÖ noch zusätzlichen Aufwind.

Während es beim sog. „Asylmissbrauch“ um einige tausend „Ausländer“ pro Jahr geht, handelt es sich bei den Muslimen um rund eine halbe Million Menschen, davon mehr als die Hälfte österreichische Staatsbürger. Laut Umfragen sind aber gerade anti-muslimische Ressentiments in der Bevölkerung besonders stark verbreitet. Das ist wahrscheinlich auch der Grund, dass die Reaktionen der anderen Parteien eher verhalten ausfallen. ÖVP-Innenministerin Fekter äußerte sich sogar wiederholt abschätzig über den Islam, so z. B. jüngst am Rande eines Innenministertreffens in Fuschl: „Toleranz ist ein absolutes Nogo im Islam“ („Die Presse“, 28. 8.). Und ÖVP-Chef Vizekanzler Josef Pröll warnte die Islamische Glaubensgemeinschaft, „die Religionsfreiheit in Österreich (nicht) überzustrapazieren“. („Die Presse“, 25. 8.).

Im Zusammenhang mit dem auf Gerichtsverfügung (beantragt vom Grün-Politiker Werner Kogler) gesperrten Anti-Minarett-Spiel auf der Homepage der steirischen FPÖ gab es zwar Kritik von allen Parteien, doch selbst Bundespräsident Heinz Fischer sprach nur von einer „Geschmacklosigkeit“ und vermied den Begriff „Islamfeindlichkeit“ (schon früher hatte Fischer bei anti-islamischen Aktionen „Fremdenfeindlichkeit“ verurteilt, obwohl die österreichischen Muslime keine „Fremden“, sondern gleichberechtigte Staatsbürger sind). Nur einige PolitikerInnen der „Grünen“ und der Wiener SPÖ-Bürgermeister Michael Häupl sprachen klar von „Islam-Hetze“.

Die deutlichste Verteidigung der Religionsfreiheit für Muslime (wie auch des Asylrechts) kommt übrigens aus den christlichen Kirchen – sowie von NGOs und engagierten Einzelpersonen. Sie unterstreichen, dass die Menschenrechte unteilbar sind und für alle Menschen gelten – auch und gerade für Minderheiten und Randgruppen. ■

Johann Pumhösl: zinken

